Nr. 472
A 239
Morgen-Ausgabe
Berlin
Donnerstag, 6. Oktober 1927
V

Vossische Zeitung

Gegründet 1704

15 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint als Morgen- und Abendblatt zweiteilig wöchentlich. Für Postabonnenten sind beide Ausgaben vereint. Täglich: „Unterhaltungsblatt", Finanz- und Handelsblatt". — Sonntag: Die illustrierte Beilage „Zeitbilder" und „Literarische Umschau". — Mittwoch: „Reise und Wanderung". — Donnerstag: „Recht und Leben".

Wöchentlich 1,— Mark, monatlich 4,30 Mark in Berlin und Orten mit eigener Zustellung. Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigenpreise: mm-Zeile 30 Pfennig, Familien-Anzeigen mm-Zeile 18 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in bestimmter Nummer.

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelsteils): Carl Misch, Berlin. Unverl. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Amt Dönhoff (A 7) 2000—3065 für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686—3696. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Calles bleibt Sieger

Zusammenbruch des mexikanischen Putsches

Kabeldienst der „Vossischen Zeitung"

wsch **New York**, 5. Oktober

General Gomez ist in Peroto im Staate Vera Cruz von Bundestruppen eingeschlossen worden. Seine Vereinigung mit General Almada, der die Aufrührer aus Mexiko City führt, wurde vereitelt. Peroto wird bereits von den Bundestruppen angegriffen. Nach den letzten Meldungen soll Gomez bereits Stadtteile gesäumt und sich in Canyon Naolinco verbarrikadiert haben. Seine Gefangennahme und Erschießung soll bevorstehen. Nach neueren Meldungen, die auf Erklärungen von Calles zurückgehen, ist auch die unmittelbare Niederlage Almadas stündlich zu erwarten. Er verfügt nur noch über ein Regiment. Andere Truppen sind bereits zur Regierung übergegangen, so daß die jüngste Revolution als erledigt angesehen werden kann.

Neues Attentat in Nizza

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

✱ **Paris**, 5. Oktober

In Nizza ist in der letzten Nacht in der Nähe des italienischen Generalkonsulats eine Bombe explodiert, doch sind keinerlei Menschenleben zu beklagen. Auch der Materialschaden ist der offiziellen Darstellung zufolge unbedeutend, da die Bombe nicht mit Dynamit, sondern mit gewöhnlichem Pulver geladen und ziemlich ungeschickt hergestellt war.

Die Erregung in der Bevölkerung ist sehr stark. Die Polizei hat eine Untersuchung eingeleitet, die aber bisher erfolglos verlaufen ist. Angesichts der zahlreichen in den letzten Wochen verübten Attentate beabsichtigt die Regierung, die Polizei und speziell die Kriminalpolizei an der ganzen Laurküste zu verstärken. In Mentone sind drei neue Polizeikommissare, in Fontano und in Cannes ein neuer Polizeikommissar ernannt worden. Eine ganze Brigade Kriminalbeamter ist dem Departement Alpes maritimes zugeteilt worden.

Fünf neue Todesurteile in Rußland

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

✱ **Moskau**, 5. Oktober

Das Bezirksgericht in Kamenetz in der Ukraine beendete die große Verhandlung gegen fünfzig Mann der polnischen Spionage und des Diversionskommandos, das von der polnischen Defensivabteilung organisiert war und in den Bezirken Kamenetz und Proskurow ein Agentennetz unterhielt. Der Angeklagte Alexejew soll zugegeben haben, daß er den Auftrag hätte, „die Brunnen der Roten Armee zu vergiften". Fünf der Angeklagten sind zum Tode verurteilt worden, die übrigen zu fünf bis zehn Jahren Gefängnis.

Ohne Jugend

Ein Rückblick auf die Göttinger Philologen-Tagung

Von

Professor Dr. Paul Hildebrandt

Man kann von Neunzigjährigen nicht verlangen, daß sie jugendfrisch sind. Seit neunzig Jahren bestehen die Versammlungen der Philologen und Schulmänner, und es scheint, daß diese Einrichtung in keiner Weise sich von innen heraus erneuern kann oder will. Zu ihrem eigenen Schaden sind die Ereignisse dieser Zeitspanne spurlos an ihr vorübergeglitten; erklärte doch der dritte Vorsitzende, Prof. Lietzmann, im Schlußwort, daß die Mängel, die der Organisation anhafteten, sich nicht würden beheben lassen.

Allerdings — ohne aus der Tradition herauszukommen, ist das unmöglich: man könnte sich doch eigentlich aber sagen, daß es schon rein äußerlich unmöglich ist, die interessanten Vorlesungen, die den Schulmann fördern, sämtlich zu besuchen, wenn sie in elf Sektionen zu gleicher Zeit stattfinden. Es ist ein reiner Zufall, wenn man das Glück hat, in einen hervorragenden Vortrag zu kommen; es kann auch geschehen, daß man eine Stunde opfert, ohne inneren Gewinn davon zu haben.

Dabei soll das hohe Niveau mancher Vorlesung in keiner Weise bezweifelt werden. Die ausgezeichneten Vorträge von Schwarz über „Macht und Dogma in der oströmischen Reichskirche", Jachmann über „Cicero als Philosoph", Zinkernagel über Lessing, Panofsky über die „Antike in der nordischen Gotik", Schicking über „Die Wurzeln des puritanischen Persönlichkeitsideals", Liepe über „Kulturprobleme und Totalitätsideal", Freyer über „Sprache und Kultur" und viele andere — die Themata zeigen die Weite und Tiefe des umspannten Gebiets — waren für den Zuhörer außerordentlich fruchtbar, lagen aber so unglücklich, daß daneben andere ebenso wichtige und interessante dem Zuhörer entgehen mußten. Das ist ein Mangel der Organisation dieser Tagungen, an dem man nicht eigensinnig festhalten sollte. Neue Zeiten erfordern eben neue Einstellungen, und wenn früher die Versammlungen so konstruiert waren, als noch lange nicht so viele Sektionen bestanden, so ist eben jetzt die Ausdehnung und somit der gerügte Mangel größer geworden.

Die Tagung wird nach wie vor beherrscht von der Sektion der Altertumswissenschaft. Mehr als ein Drittel der Teilnehmer — es waren übrigens über 1200 aus allen Teilen Deutschlands, Oesterreichs und der Schweiz gekommen — gehörte dieser Sektion an. Damit gerät die Veranstaltung von vornherein in die Gefahr einer zu starken Betonung des Historischen und Intellektuellen. Man mag an beiden Begriffen soviel herumintepretieren, wie man will — und es ist viel daran herumgedeutelt worden —, man empfand doch den großen Gegensatz zu philosophischer Orientierung außerordentlich stark. Sie würde sofort einigende und einheitliche Gesichtspunkte in den Vordergrund schieben und trotzdem historische Vertiefung zu ihrem Recht kommen lassen. Aber wie selbstverständlich wurde sie mit leichterer oder schwererer Ironie abgetan: Immisch erklärte in der Sitzung des „humanistischen Gymnasiums", heutzutage philosophiere ja ein jeder, und Regenbogen versicherte, die Jugend philosophiere — „man kann vielleicht sagen: ins Blaue". — Man versteht eben in diesen Kreisen unter Philosophieren leeres Stroh dreschen, Hirngespinste treiben und vor allem: Abkehr von der Wissenschaft, von den nun einmal notwendigen Kenntnissen.

Daß Jugend den Sinn des Ganzen sucht und ein inneres Bedürfnis zum Spekulieren empfindet, das scheint das Alter nicht begreifen zu können! Es kann sich nicht erinnern, daß man zwischen 18 und 24 nur an den schwersten und höchsten Problemen Genüge findet. Trotzdem leuchtete doch hier und da einmal der Gedanke auf, daß sämtliche Wissenschaften in der Philosophie sich einen. Aber das darf eben der Student noch nicht empfinden und den darf er auch nicht nachhängen — das ziemt nur dem Gelehrten!

Ein unglaublicher Pessimismus beherrscht die meisten Redner: der Niedergang der höheren Bildung wird von allen festgestellt. Das Klagelied über die höhere Schule wird von den Universitätsprofessoren noch immer angestimmt, wie schon um 1900: so wird es wohl immer bleiben.

Und dann das Politische: ein Freund erklärte mir, er habe in jeder Vorlesung — ganz wenige ausgenommen — die Empfindung, daß ein leiser politischer Unterton mitklinge. Jedesmal, wenn von der heutigen Jugend, deren Schwächen stets, deren Vorzüge fast nie erwähnt wurden, die Rede war, erfolgte beifälliges Trampeln, ebenso aber auch, wenn von dem Unterschied unserer Zeit von der Vorkriegszeit gesprochen wurde, wenn die Maßnahmen dieser oder jener Regierungsstelle mit möglichst scharfen Ausdrücken verurteilt wurden. Dem erwähnten Vortrage von Eduard Schwartz lag der ganz bestimmte politische Gedanke zu Grunde, nachzuweisen, daß nur der Macht-

Das Reichskabinett zur Wirtschaftslage

Ablehnung jeder Steuererhöhung

Die Beratungen über die wirtschaftlichen Folgen der Beamtenbesoldungserhöhung sind gestern fortgeführt worden. Allerdings war wegen einer Dienstreise des Arbeitsministers Dr. Brauns eine offizielle Kabinettssitzung nicht anberaumt worden, aber es fanden Ministerbesprechungen statt, zu denen auch die Minister der am meisten beteiligten Ressorts hinzugezogen wurden. Diese Besprechungen hatten hauptsächlich vorbereitenden Charakter, deshalb sind Beschlüsse gegen etwaige Preis- und Lohnbewegungen erst für später zu erwarten.

Heute soll eine offizielle Kabinettssitzung sich mit dem gesamten Komplex der Wirtschaftsfragen beschäftigen. Die bisherigen Aussprachen, die mehr den Zweck einer gegenseitigen Informierung hatten, sind aber so weit gediehen, daß man jetzt zur Erörterung von Spezialfragen übergehen kann.

Die heutige Kabinettssitzung wird sich daher auch mit dem **Problem der deutsch-polnischen Wirtschaftsbeziehungen** beschäftigen, wobei versucht werden soll, den Gegensatz zwischen dem Reichsernährungsminister auf der einen Seite, dem Reichswirtschaftsminister und dem Reichsaußenminister auf der anderen Seite zu überbrücken. Bei diesem Gegensatz handelt es sich vor allem um die Frage der Einfuhr polnischer landwirtschaftlicher Erzeugnisse nach Deutschland.

Ein weiterer Punkt der Kabinettsberatungen von grundsätzlicher Bedeutung bleibt die **Herstellung einer einheitlichen Finanz- und Wirtschaftspolitik.** Zur Beratung hierüber wird voraussichtlich am Freitag **auch der Reichsbankpräsident Dr. Schacht zugegen werden,** nachdem die bisherigen Besprechungen die Klärung der Auffassungen im Kabinett zum Ziele hatten.

Die dritte noch immer schwebende Spezialfrage, die **Aufbringung der Kosten für die Beamtenbesoldung,** war gestern auch wieder Gegenstand einer Beratung der Länder-Finanzminister. Diese Ministerkonferenz ist zu Ende gegangen, ohne daß eine Verständigung zwischen Reich und Ländern über die Aufbringung der Mittel erzielt worden ist. Steuererhöhungen, vor allem auch eine Erhöhung der Umsatzsteuer, wie sie im Laufe der Erörterungen vorgeschlagen ist, sollen jedenfalls vermieden werden.

Ueber die anderen vorliegenden Finanzprojekte werden die Verhandlungen zwischen Berlin und den Ländervertretern weitergeführt werden.

Um Maltzans Nachfolge

Der „Demokratische Zeitungsdienst" verbreitet die Nachricht, daß der Posten eines deutschen Botschafters in Washington als Nachfolger für den verstorbenen Botschafter Ago von Maltzan dem früheren Reichsfinanzminister Dr. Reinhold angeboten worden sei. Auf unsere Anfrage in Dresden teilt Minister Reinhold der „Vossischen Zeitung" mit, daß er der betreffenden Meldung völlig fernstehe, und daß ihm tatsächlich der Posten des Botschafters nicht angeboten worden sei.

Chamberlain Sonnabend bei Briand

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

✱ **Paris**, 5. Oktober

Am nächsten Sonnabend wird eine Zusammenkunft zwischen Chamberlain und Briand stattfinden. Dem „Intransigeant" zufolge soll ein gemeinsames Frühstück zwischen beiden Ministern verabredet sein. Man erklärt hier, daß in der Pariser Zusammenkunft der beiden Minister keine entscheidenden Beschlüsse zu erwarten seien. Man begründet dies mit dem Hinweis darauf, daß Chamberlain nur über seine Besprechungen mit Primo de Rivera berichten werde. Der „Intransigeant" erklärt weiter, daß Chamberlain sich lediglich bemüht habe, Primo dazu zu bekehren, daß Spanien wieder in den Völkerbund eintrete. Daß dieser dabei natürlich die Gelegenheit wahrgenommen habe, um auch über die Tangerfrage zu sprechen, sei nicht weiter zu verwundern. Aber Chamberlain habe sich darauf beschränkt, ihm eine gütliche Einigung mit Frankreich in dieser Frage anzuempfehlen.

Der sozialistische Abgeordnete Renaudel hatte heute eine persönliche Aussprache mit dem Marineminister Lengues über die Meuterei in Toulon. Der Abgeordnete soll auf das entschiedenste verlangt haben, daß eine umfangreiche, möglichst von Parlamentariern durchzuführende Untersuchung angeordnet werde.